

300 Millionen, um günstige Wohnungen zu schaffen

Wohnraum Weniger Luxus für Arme oder Wohngeld für alle? Caritas lanciert die Diskussion

VON OLIVER GRAF

Die Caritas Zürich beobachtet die Wohnsituation im Kanton seit längerem mit Sorge, wie die Hilfsorganisation auf ihrer Homepage festhält. In der Sozialberatung zeige sich täglich, welche Schwierigkeiten Armutsbetroffene haben, eine bezahlbare, aber auch angemessene Wohnung zu finden, sagt Caritas-Direktor Max Elmiger. «Das Alarmlicht ist unübersehbar.» Am achten Caritas-Armutsforum in Zürich, an

dem rund 120 Fachleute teilnahmen, wies Elmiger in seinem Eröffnungsvotum darauf hin, dass das Problem zwar grundsätzlich erkannt sei. Gelöst sei es aber noch lange nicht. Denn: «Das Problem ist riesig.»

Patrik Schellenbauer vom liberalen Think Tank «Avenir Suisse» sagte zwar, dass gesamtgesellschaftlich kein Wohnproblem bestehe: «Wir können uns das Wohnen im eigenen Land leisten.» Allerdings gelte das nicht für jene zehn Prozent der Bevölkerung mit dem ge-

ringsten Einkommen. «Bei dieser Gruppe bleibt nach Abzug der Miete nicht mehr viel zum Leben übrig.»

Im Kanton Zürich werden pro Jahr 300 Millionen Franken Sozialhilfe als Beiträge an die Wohnkosten ausgerichtet. Wie liesse sich dieses Geld auch noch einsetzen, um der Wohnungsnot beizukommen?, fragte die Caritas drei Personen aus verschiedenen Fachrichtungen. Am Armutsforum haben diese ihre Visionen präsentiert - und damit zu Diskussionen Anlass gegeben.



Vision 1

Auf Luxus verzichten

In der Stadt Zürich gab es bis in die 1990er-Jahre «selbst an zentral gelegenen Lagen günstigen Wohnraum», sagt Joëlle Zimmerli, die ein sozialwissenschaftliches Planungsbüro betreibt. Die günstigen Preise waren verschiedenen Umständen zu verdanken: «Schattenwurf, Strassenlärm und unzeitgemässen Grundrissen.» Werde ein Quartier aufgewertet und die Strasse beruhigt, wirke sich das kostentreibend auf die Mieten aus, sagt Zimmerli. Für sie ist deshalb klar: «Wir verfolgen einen Perfektionismus, der vie-

les zerstört.» Damit Erwerbslose, Ausländer, Alte und Alleinerziehende wieder selber entscheiden könnten, wo und wie sie wohnten, «ist es Zeit für einen Markt für preisgünstige Mietwohnungen». Auch in Neubauten soll wieder ein gewisser Teil an «unattraktivem Wohnraum» geschaffen werden.

An der Caritas-Tagung wurde der Planerin vorgeworfen, dass sie Arme in «Schattenlöcher» stecken und stigmatisieren wolle. Dabei denkt sie nicht an Plattenbauten oder Gettos - sie will aber

die Frage aufwerfen, wie viel Luxus sein soll. «Wo schöne, grosse, lichtdurchflutete Wohnwelten mit mehreren Nasszellen entstehen, verschwindet bezahlbarer Wohnraum», sagt Zimmerli. Armutsgefährdete Personen müssten auf dem Wohnungsmarkt eine faire Chance bekommen. Eine günstige, dafür aber vielleicht kleine Wohnung im Zentrum biete ihnen die Chance zur gesellschaftlichen Integration. «Dafür braucht es keine 300 Millionen, aber einen vernünftigen Wohnungsbau.»

Vision 2

In «Pantoffeldistanz»

Die Vision des Ethikers Thomas Gröbly klingt kompliziert: Er will «multifunktionale Nachbarschaften für eine 2000-Watt-Gesellschaft» realisieren. Hinter diesem technischen Titel verbergen sich genossenschaftlich organisierte, dichtbebaute Nachbarschaften, in denen alles Wichtige in «Pantoffeldistanz» liegt. Der Ethiker will die «monofunktionalen Welten» zusammenbringen: «Wir wohnen heute an einem Ort, arbeiten an einem anderen und kaufen an einem dritten ein.» Das sei ineffizient: «Wir sind stets unterwegs, und stecken doch im Stau.»



Dieser «rasende Stillstand» müsse beendet werden. Gröbly denkt an Nachbarschaften von der Grösse einer Hektare

(100 auf 100 Meter) auf der 500 Personen wohnen und teilweise auch arbeiten. Verschiedene Wohnformen und spezielle Grundrisse sollen zu einer guten Durchmischung führen. «Alle können hier ihre Fähigkeiten einbringen», glaubt Gröbly. Eine Person, die aus dem Erwerbsleben herausgefallen sei, könne etwa mit dem Flickern von Velos etwas hinzuverdienen.

Mit den 300 Millionen Franken würde der Ethiker Land kaufen und einen Fonds für Darlehen an Wohnbaugenossenschaften einrichten.

Vision 3

Das Geld verteilen

Für «Avenir Suisse» geht die politische Diskussion in die falsche Richtung: Die Städte würden gemeinnützigen Wohnungsbau fördern, doch dieser helfe dem ärmsten Teil der Bevölkerung wenig. «Einkommensschwache konkurrieren mit dem Mittelstand um den billigen Wohnraum», sagt Patrik Schellenbauer vom liberalen Think Tank. Als Vision propagiert er, dass von der sogenannten Objekt- zur Subjekthilfe umgestellt wird. Das heisst: «Eine direkte, persönliche Zahlung an Arme.» Dieses Wohngeld soll an Bedingungen geknüpft sein. Nur vor-



übergehend Einkommensschwache, etwa Studenten, sollen nicht unterstützt werden, «denn sie erzielen später hohe

Einkommen». Von den zehn Prozent Haushalten mit dem geringsten Einkommen (rund 65 000) dürfte die Hälfte für den 300-Millionen-Bonus in Frage kommen - ihnen stünden jährlich rund 9000 Franken zu. «Das würde viele prekäre Wohnsituationen spürbar verbessern.» Das Wohngeld bebehe nicht das Übel, den Mangel an bezahlbaren Wohnungen, wurde an der Caritas-Tagung kritisiert. «Es nimmt den Druck von den Städten, indem es den Verbleib auf dem Land attraktiver macht», glaubt indes «Avenir Suisse».